

Verunsicherungen spalten

Eine Analyse der Quellen von Verunsicherung und ihrer gesellschaftlichen Folgen

Julia Hofmann

1. Einleitung

Wirft man einen Blick in die Tages- oder Wochenzeitungen, so fällt eines besonders auf: »Österreichs Bevölkerung ist verunsichert.« Verunsichert in Bezug auf die Stabilität der Arbeitsplätze, verunsichert in Bezug auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes, aber auch verunsichert über die Entwicklungen in der EU. Dies bestätigen auch aktuelle Umfragedaten: So zeigen Ergebnisse des European Social Survey¹ und des Eurobarometers, dass rund 10% der österreichischen Beschäftigten permanent Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und knapp 30% die Gefahr sich zu verschulden als besonders hoch einschätzen (Erlinghagen 2008; Eurobarometer Spezial 2010). Die aktuelle Wirtschafts- und Fiskalkrise hat ebenso ihre »Spuren hinterlassen« (Detje u. a. 2011, 133). Was von der Krise auch in Österreich² bleibt, sind Gefühle der Verunsicherung, Angst und Ohnmacht. Ein Anzeichen hierfür ist der Arbeitsklimaindex von SORA, IFES und der Arbeiterkammer Oberösterreich.³ Lagen die Zufriedenheitswerte vor der Krise 2007/2008 bei knapp 111/112 Punkten, so sanken diese im Laufe der Jahre 2009/2010 auf 107/108 Punkte ab. Insbesondere der Teilindex für »gesellschaftliche Entwicklungen«⁴ verzeichnete zwischen 2007 und 2011 einen großen Absturz (von rund 70 auf 61 Punkte) (AK OÖ 2012). Zwar steht Österreich – wie fast immer im europäischen Vergleich – verhältnismäßig gut da⁵, dennoch stellt sich die Frage, woher die große Verunsicherung in Österreich kommt und welche gesellschaftlichen Folgen sie hat. Zuerst sollen aber noch theoretische Erklärungsansätze zum Ursprung von gesellschaftlichen und individuellen Verunsicherungen erläutert werden.

2. Quellen der Verunsicherung

Sozialwissenschaftlichen Ansätzen zufolge speist sich soziale Verunsicherung vereinfacht ausgedrückt aus drei Quellen, die eng miteinander verwoben sind:

- aus arbeitsbezogenen Veränderungen
- aus der »Ökonomisierung des Sozialen«
- aus politischen und medialen Diskursen.

2.1 Verunsicherung als Folge arbeitsbezogener Veränderungen

Der französische Soziologe Robert Castel vertritt die These, dass ein Großteil der gegenwärtigen Verunsicherung mit der »Krise der Arbeit« (Castel 2011) zusammenhängt. Castel zufolge wurde die Rolle von Arbeit als gesellschaftlichem Integrationsmechanismus und Basis sozialer Identität durch den Anstieg von Arbeitslosenraten und sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen seit Ende der 1970er Jahre/

Anfang der 1980er Jahre in den westlichen Gesellschaften immer prekärer. Gemeinsam mit dem gleichzeitig einsetzenden Um- bzw. Abbau von Sozialstaaten führte dies einerseits zu sozialer Polarisierung sowie andererseits zur Rückkehr sozialer Unsicherheit (Castel 2000; 2009). Als Ursachen für das Ende des »kurzen Traums immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) westlicher Gesellschaften werden meist Veränderungen in der globalen Ökonomie, die zu einer geschwächten Finanzbasis von Sozialstaaten, inneren Strukturdefiziten und immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen führten, genannt (Bieling 2000; Jessop 2007). Die Auswirkungen der Wiederkehr von sozialer Unsicherheit lassen sich auf der objektiven wie auf der subjektiven Ebene zeigen. Objektiv betrachtet führt diese eben zu einer zunehmenden »Destabilisierung der Stablen« (Castel 2000, 357) und zu einer wachsenden Zahl an sogenannten »Überzähligen« (ebd., 359) und von Prekären. Subjektiv betrachtet führt sie zu zunehmenden Verunsicherungen, Abstiegsängsten und Orientierungslosigkeiten in den westeuropäischen Bevölkerungen (Castel/Dörre 2009; Hardering 2011). Zukunftsängste, die Sorge um den Lebensstandard bzw. Status und die Angst um die Chancen der eigenen Kinder sind jedoch nicht nur unter Personen, die objektiv von der Rückkehr sozialer Unsicherheit betroffen sind, auszumachen, sondern durchziehen westliche Gesellschaften im Allgemeinen (Heitmeyer 2010).

Etwas verspätet, aber doch lässt sich die u. a. von Castel skizzierte Entwicklung hin zu vermehrter objektiver und subjektiver Verunsicherung auch für Österreich darstellen. Das österreichische Nachkriegsmodell (der sogenannte Austro-Keynesianismus) geriet Mitte der 1980er Jahre zunehmend in die Krise. Die Arbeitslosenraten stiegen und die erhöhten Sozialausgaben belasteten den österreichischen Staat immer mehr (Haller 2008). In Folge dieser Krise kam es zu einer Umkehr in der österreichischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik: Der österreichische Markt wurde vermehrt für ausländische InvestorInnen geöffnet und staatliches Eigentum wurde privatisiert. Privatkapital und der Shareholder Value spielten in Unternehmen eine wachsende Rolle und die österreichische Arbeitsmarktpolitik setzte vermehrt auf interne und externe Flexibilisierung sowie die Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses (Hermann/Atzmüller 2009). Dementsprechend stieg auch der Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Leih-/Zeitarbeit, Freie Dienstverträge und Neue Selbstständigkeit) kontinuierlich an (Geisberger/Knittler 2010; Stadler 2005). Darüber hinaus hat die Ungleichheit der Einkommen in den letzten Jahren stark zugenommen (Guger/Marterbauer 2007). Ein europaweit durchgeführtes Forschungsprojektes zu subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsformen der Umbrüche in der Arbeitswelt (SIREN⁶) zeigte schlussendlich, dass der rasche sozioökonomische Wandel auch auf der subjektiven Ebene starke Verunsicherungen hinterließ (Flecker/Kirschenhofer 2007).

2.2 Verunsicherung als Folge der »Ökonomisierung des Sozialen«

Der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer erweitert die Thesen von Robert Castel insofern, da er davon spricht, dass westliche Gesellschaften generell ein »Jahrzehnt von Entsicherung« (Heitmeyer 2012, 19) hinter sich hätten, indem sozial schwache Gruppen vielerlei Verletzungen erfahren haben. Neben dem neoliberalen Turn der Arbeitsgesellschaft und dem Um- bzw. Abbau der Sozialstaaten sind für Heitmeyer der 11. September 2001 und die verschiedenen Stadien ökonomisch verursachter Krisen seit 2008 »Signalereignisse«, die sich als »Beunruhigungen ins öffentliche wie

private Gedächtnis [...] eingekerbt haben.« (ebd.) Hinter diesen Phänomenen sieht Heitmeyer Kontrollverluste der Politik gegenüber dem Finanzmarkt, die Undurchschaubarkeit des Finanzsektors, die Unkalkulierbarkeit der Märkte, die Entmachtung demokratisch legitimer Parlamente sowie politische Richtungslosigkeit aufgrund fehlender öffentlicher Debatten. Entsicherung ist für ihn die Folge einer Kontrollverschiebung zwischen Kapital und Politik und der Nährboden von sozialer Verunsicherung. Die Verunsicherung der Bevölkerung ist Heitmeyer zufolge aber nur eine Folge dieser gesellschaftlichen Veränderung. Wachsende Gefühle der Orientierungslosigkeit und Ohnmacht sind hier ebenso zu nennen wie die hohe Politikverdrossenheit.

2.3 Verunsicherung als Folge politischer und medialer Diskurse

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, lässt sich die hohe soziale Verunsicherung jedoch nicht ausschließlich aus objektiven Veränderungen erklären. Schließlich steht gerade Österreich arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch gesehen im europäischen Vergleich verhältnismäßig gut dar. Laut den jüngsten Daten der Europäischen Kommission wird das Land 2013/2014 bezogen auf das Wirtschaftswachstum über sowie bezogen auf die Arbeitslosenrate und die Verschuldung klar unter dem EU-Durchschnitt liegen.⁷ Auch die anderen von Heitmeyer als »Signalereignisse« bezeichneten Phänomene, wie der 11. September 2001, haben in Österreich deutlich weniger Spuren⁸ hinterlassen als in anderen Ländern. Soziale Verunsicherung muss daher auch als Folge hegemonialer politischer und medialer Diskurse interpretiert werden. Einige politische Parteien und Medien erzeugen in Österreich permanent Gefühle der Angst und der Verunsicherung. So warnte die in Österreich meistverkaufte »Kronen Zeitung« angesichts der EU-Arbeitsmarktöffnung letzten Jahres, bei der die Zugangsbeschränkungen zum österreichischen Arbeitsmarkt für BürgerInnen der sogenannten »neuen EU-Länder« fielen, vor einer »Invasion der Billigarbeiter«⁹. Auch auf die Unsicherheit der österreichischen Arbeitsplätze wird in den Medien immer wieder hingewiesen: »Sicherer Arbeitsplatz, ade, Globalisierung ist schuld!«¹⁰ war beispielsweise in der Kronen Zeitung zu lesen. In der parteipolitischen Diskussion zeichnet sich vor allem die FPÖ durch »permanente Angstmache« aus. FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl wies jüngst in einer Presseaussendung darauf hin, dass die »höheren Beschäftigungszahlen [nur ein, E. d. A.] Effekt der Arbeitsmarktöffnung [sind und, E. d. A.] österreichische Arbeitslose auf der Strecke bleiben«¹¹. Gleichzeitig warnt die FPÖ ebendiese österreichischen Arbeitslosen vor den Folgen von »Faulheit«, indem sie unter anderem »Sanktionen bei Nicht-Annahme neuer Jobs«¹² fordert.

Soziale Verunsicherung ist also einerseits eine Folge objektiver arbeitsbezogener und gesellschaftlicher Veränderungen, wird aber andererseits auch diskursiv erzeugt und verstärkt. Aber was sind nun die gesellschaftlichen Folgen der Verunsicherung?

3. Folgen der Verunsicherung

Eine wichtige soziologische Erkenntnis ist hierbei, dass aus Krisenerfahrungen und Verunsicherungen Gefühle sozialer Desintegration resultieren. Diese bilden den Nährboden für eine »Ideologie der Ungleichwertigkeit« (Heitmeyer 2002) in deren Folge marginalisierte soziale Gruppen durch Angehörige der sogenannten Mehrheitsgesellschaft abgewertet werden. VertreterInnen des »Desintegrationsansatzes« gehen davon aus, dass Effekte sozialer Desintegration in einem gesellschaftlichen

Teilbereich (in Bezug auf soziale Verunsicherungen also der Bereich der Arbeit) durch eine gelungene Integration in einem anderen gesellschaftlichen Teilbereich kompensiert werden. Dies kann z. B. über eine gute Einbindung in soziale Netzwerke geschehen, aber auch über die Konstruktion und Abgrenzung einer »Eigengruppe« bei gleichzeitiger Abwertung von »Fremdgruppen« (Mansel u. a. 2012). Wie schon bei den Quellen der Verunsicherung sind auch hier nicht nur objektive sozioökonomische Faktoren ausschlaggebend, sondern subjektive Bewertungen und antizipierte (teilweise diskursiv erzeugte) Risiken.

Der Zusammenhang von Verunsicherungen und Ressentiments wurde für Österreich bislang quantitativ noch nicht erforscht; für Deutschland gibt es aber im Rahmen des Langzeitprojektes »Deutsche Zustände«¹³ bereits spannende Ergebnisse. So zeigt sich, dass insbesondere die Angst vor Arbeitslosigkeit (egal ob eine reale Gefahr besteht oder nicht), die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Lage des Landes in den nächsten fünf Jahren sowie die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit in den nächsten fünf Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, einen starken Einfluss auf Vorurteile und Ressentiments gegenüber MigrantInnen (insb. MuslimInnen und AsylwerberInnen), JüdInnen und Roma/Sinti ausüben (Mansel u. a. 2012). Qualitative Ergebnisse zum Zusammenhang von Umbrüchen in der Arbeitsgesellschaft und dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Österreich weisen darauf hin, dass ähnliche Ergebnisse auch in Österreich zu finden wären. Die Auswertungen in Bezug auf Österreich des oben bereits erwähnten SIREN-Projektes konnten zeigen, dass der sozioökonomische Wandel und die damit einhergehenden Verunsicherungen und Enttäuschungen in der arbeitenden Bevölkerung vom Rechtspopulismus erfolgreich »in die Bahnen der Fremdenfeindlichkeit und der Politikverdrossenheit [gelenkt, E. d. A.] und politisch für sich [nutzbar gemacht werden, E. d. A.]« (Flecker/Kirschenhofer 2007, 11). Die politische »Lücke« (ebd.), die in Österreich im Zuge des Umbaus der Arbeitsgesellschaft und der damit einhergehenden Verunsicherung entstanden ist, wird hierzulande also von der FPÖ durch die Betonung einer homogenen nationalen Identität und scharfen Distanzierungen gegenüber angeblichen kulturellen Bedrohungen (wie »das Schreckgespenst der Überfremdung, die Verteidigung christlicher Werte und der Anti-Islamismus« (ebd., 20)) diskursiv geschlossen.

Mit Ressentiments gegenüber marginalisierten sozialen Gruppen geht eine weitere Folge sozialer Verunsicherung einher: der Rückzug aus der Solidargemeinschaft. Der soziale Zusammenhalt moderner Gesellschaften baut stark auf Formen kollektiver Solidarität auf, die im Sozialstaat ihre Institutionalisierung fanden (Schulze 2010; Heibült 2009). Im Zuge der neoliberalen Wende wurde diesen Formen kollektiver Solidarität bereits schrittweise der Boden unter den Füßen weggezogen. Doch trotz der Zunahme neoliberaler Ideen, wie der Ausdehnung des Kosten-Nutzen-Kalküls auf nicht-ökonomische gesellschaftliche Bereiche bei gleichzeitiger Diskreditierung des (Sozial-)Staates (Butterwegge et al. 2008) in Politik und Medien, galten kollektive Solidarität und soziale Gerechtigkeit weiterhin als wichtige Werte. So zeigt eine 2006/2007 in Österreich durchgeführte Studie, dass sozialer Ausgleich den ÖsterreicherInnen weiterhin als sehr wichtig erscheint: Knapp 40 Prozent stimmen der Aussage vorbehaltlos zu, dass Leute mit höherem Einkommen durch höhere Steuern zum Gemeinwohl beitragen sollten. 36 Prozent plädieren dafür, dass soziale Unterschiede weitgehend abgeschwächt werden sollen (Weiss 2007).

Im Zuge der Krise und den damit einhergehenden Verunsicherungen scheint diese große Zustimmung jedoch tendenziell abzunehmen. Wiederum gibt es hierfür noch keine österreichischen Erhebungen, aber deutsche Daten zeigen, dass die Ideologie »roher Bürgerlichkeit« (Heitmeyer 2012), die mit negativen Stereotypen gegenüber Arbeitslosen und Obdachlosen sowie mit individualistischen Leistungskonzeptionen einhergeht, zugenommen hat (ebd.). Zu beachten ist hierbei jedoch, dass diese fortschreitende Entsolidarisierung vor allem von oberen Einkommens- und Statusgruppen betrieben wird »[...] und zwar obwohl die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sich in den letzten Jahren zu ihren Gunsten verschoben hat« (ebd., 23). Obere Einkommens- und Statusgruppen sehen sich also angesichts (objektiv wie diskursiv erzeugter) sozialer Verunsicherung verstärkt dazu gezwungen, ihre privilegierten Positionen zu wahren und abzusichern.

4. Resümee

Die Allgegenwart sozialer Verunsicherung gehört wohl zu einer der wichtigsten soziologischen Zeitdiagnosen. Soziale Verunsicherung speist sich nicht nur aus objektiven sozialen Veränderungen, sondern wird auch diskursiv erzeugt. Sie konzentriert sich daher auch nicht ausschließlich auf Personen, die vom Umbau der Arbeitsgesellschaft betroffen sind, sondern durchzieht westliche Gesellschaften im Allgemeinen. Die in der Literatur beschriebenen gesellschaftlichen Folgen sozialer Verunsicherung sind mannigfaltig: Genannt werden beispielsweise verstärkte Grenzziehungen zwischen sozialen Gruppen (Bieling 2000; Heitmeyer 2010 und 2012), der Rückzug aus der Solidargemeinschaft, der Vertrauensverlust in Institutionen und die zunehmende Anfälligkeit für autoritäre und populistische politische Strategien (Heitmeyer 2010; Flecker/Kirschenhofer 2007). Gerade weil sich soziale Verunsicherung aus verschiedenen Quellen speist, müssen auch politische Strategien gegen sie in verschiedenen Bereichen ansetzen. Neben dem Ausbau sozialer Absicherungen ist es notwendig, sich auf der Ebene des Diskurses gegen permanente Angstmache und deren Verknüpfung mit Ressentiments und antisolidarischen Ideen zur Wehr zu setzen.

Literatur

- Arbeiterkammer Oberösterreich (2012) Arbeitsklima-Index Datenbank; in: <http://www.arbeiterkammer.com/online/arbeitsklima-index-datenbank-35892.html>, letzter Zugriff 22. 5. 2012
- Bieling, Hans-Jürgen (2000) Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster
- Castel, Robert (2000) Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castel, Robert (2009) Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit; in: Robert Castel/ Klaus Dörre (Hg.) Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main, 21-35
- Castel, Robert (2011) Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg
- Castel, Robert/ Klaus Dörre (2009) Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main
- Detje, Richard/ Wolfgang Menz/ Sarah Nies/ Dieter Sauer (2011) Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen, Hamburg

- Erlinghagen, Marcel (2007) Self-Perceived Job Insecurity and Social Context: A Multi-Level Analysis of 17 European Countries; in: *European Sociological Review* 24/2, 183–97
- Eurobarometer Spezial 321 (2010) Armut und soziale Ausgrenzung, Brüssel
- Flecker, Jörg/ Sabine Kirschenhofer (2007) Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin
- Geisberger, Tamara/ Käthe Knittler (2010) Niedriglöhne und atypische Beschäftigung in Österreich; in: *Statistische Nachrichten* 6/2010, 448-61
- Guger, Alois/ Markus Marterbauer (2007) Langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich – Ein Update, Wien
- Hardering, Friedericke (2011) Unsicherheiten in Arbeit und Biographie, Wiesbaden
- Heibült, Jessica (2009) Was ist sozialer Zusammenhalt? Eine Begriffsannäherung für den Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Bremen 2009, Bremen
- Heitmeyer, Wilhelm (2002) Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main
- Heitmeyer, Wilhelm (2010) Deutsche Zustände. Folge 9, Frankfurt am Main
- Heitmeyer, Wilhelm (2012) Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main
- Hermann, Christoph /Roland Atzmüller (2009) Die Dynamik des »österreichischen Modells«. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin
- Jessop, Bob (2007) Kapitalismus, Regulation, Staat: Ausgewählte Schriften, Hamburg
- Lutz, Burkhard (1984) Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main
- Mansel, Jürgen/ Oliver Christ/ Wilhelm Heitmeyer (2012) Der Effekt von Prekarisierung auf fremdenfeindliche Einstellungen. Ergebnisse aus einem Drei-Wellen-Panel und zehn jährlichen Surveys; in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.) Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main, 105-129
- Schulze, Michaela (2010) Solidarität – Die Basis gesellschaftlicher Kohäsion; in: Maya Becker/ Rabea Krätschmer-Hahn (Hg.) Fundamente sozialen Zusammenhalts. Mechanismen und Strukturen gesellschaftlicher Prozesse, Frankfurt am Main, 230-244
- Stadler, Bettina (2005) Daten zu atypischer Beschäftigung in Österreich; in: *Statistische Nachrichten* 60/2005, 1093-1110
- Weiss, Hilde (2007) Konfliktwahrnehmung und Gerechtigkeitsvorstellungen in sozialen Milieus, Wien

Anmerkungen

- 1 Der European Social Survey (ESS) ist eine sozialwissenschaftliche Umfrage, die soziale und politische Einstellungen der Bevölkerung aus über 20 europäischen Staaten untersucht. Dabei handelt es sich um das bislang größte europäische sozialwissenschaftliche Umfrageprojekt, neben dem Eurobarometer der Europäischen Kommission.
- 2 Während die aktuelle Wirtschafts- und Fiskalkrise insbesondere Länder des europäischen Südens (wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien) hart trifft, zeigen ökonomische Parameter für Österreich eine relative Stabilität in Krisenzeiten an: Die Zahl an Arbeitslosen ging 2011 zurück, auch die Arbeitsmarktlage verbesserte sich zumindest seit dem Jahr 2011 und im Vergleich zu den Auswirkungen der scharfen Austeritätsprogramme anderer Ländern scheinen das mit dem Budget 2011 geschnürte »Sparpaket« sowie das 2012 beschlossene »Konsolidierungspaket« die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Österreich bislang eher zu perpetuieren als zu verschlimmern.
- 3 Der von IFES und SORA für die Arbeiterkammer Oberösterreich (AK OÖ) entwickelte Arbeitsklimaindex ist ein Indikator für Arbeitszufriedenheit und Arbeitsbelastungen im Beruf. Er gibt auch Auskunft über allgemeinere Aspekte der Lebenszufriedenheit.
- 4 Der Teilindex für »gesellschaftliche Entwicklungen« bildet sich laut Angaben der AK OÖ aus den Fragen: »Wenn Sie an die kommenden 5 Jahre denken: Wie beurteilen sie da die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Allgemeinen?« sowie »Wie zufrieden sind Sie mit ihrer sozialen Position/ihren Rechten als ArbeitnehmerIn?«.

- 5 So hält sich etwa in Ungarn (53%), Lettland (51%) und Spanien (49%) die Hälfte der Befragten für gefährdet, sich zu verschulden.
- 6 Das europäische Forschungsprojekt SIREN (socio-economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right) erfasste in acht europäischen Ländern die subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsformen der Umbrüche in der Arbeitswelt und setzte sie in Beziehung zu politischen Orientierungen. Eine kurze Zusammenfassung der österreichischen Ergebnisse findet sich mit einem Text von Flecker im Kurswechsel 1 (2009), 93-98.
- 7 <http://derstandard.at/1336696629129/Europa-Trotz-Aufschwungs-viele-Arbeitslose>, Zugriff am 17. 5. 2012.
- 8 Dass 9/11 auch in Österreich zum Ausbau des »Sicherheitsstaates« mit zunehmender Überwachung und eingeschränkten Freiheitsrechten genützt wird, soll hier nicht verschwiegen werden.
- 9 http://www.krone.at/Oesterreich/Invasion_der_Billigarbeiter_blieb_in_Oesterreich_aus-Arbeitsmarktoeffnung-Story-319948, Zugriff am 17. 5. 2012.
- 10 http://www.krone.at/Oesterreich/Sicherer_Arbeitsplatz_ade!-Angst_um_Arbeit-Story-27627, letzter Zugriff am 17. 5. 2012.
- 11 <http://www.fpoe.at/news/detail/news/kickl-hoehere-beschaefigungs/?cHash=b7f7fe944f45790d4c19f58e9527bf0f>, letzter Zugriff am 17. 5. 2012.
- 12 <http://www.news.at/articles/0417/30/79686/fpoe-programm-arbeitslosigkeit-fuenf-punkte-arbeitsmarkt>, letzter Zugriff am 17. 5. 2012.
- 13 In der Langzeitstudie »Deutsche Zustände« beobachtete ein von Wilhelm Heitmeyer geleitetes Team des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld von 2002-2012 die Entwicklung von Vorurteilen gegen sozial schwache Gruppen.